

Ressort: Finanzen

Zypries gegen Einmischung der Politik bei Air-Berlin-Verkauf

Berlin, 09.09.2017, 00:00 Uhr

GDN - Eine Woche vor dem Ende der Frist zur Abgabe von Übernahmeangeboten von Air Berlin spricht sich Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) gegen die Einmischung der Politik bei der Aufteilung der Airline aus. "Die Politik ist nicht an den Verkaufsverhandlungen beteiligt", sagte sie dem "Focus".

"Das entscheiden das Unternehmen und der Insolvenzverwalter". Die Ministerin versicherte, "dass sich alle ernsthaften Interessenten um die Anteile bewerben können." Befürchtungen, der Steuerzahler werde auf dem vom Bund verbürgten 150-Millionen-Kredit der KfW sitzenbleiben, wies sie zurück. "Wir gehen fest davon aus, dass genügend Erlöse aus dem Verkauf der Vermögenswerte erzielt werden, um den Kredit zurückzuzahlen", sagte die SPD-Politikerin. "Die vielen Interessenten zeigen, dass sie an die Zukunft des Unternehmens mit neuen Partnern glauben." Nicht zuletzt handele es sich bei dem Notkredit für Air Berlin um "einen Massekredit, das heißt, dass die Bundesregierung vorrangig im Insolvenzverfahren bedient wird." Kritik an dem Darlehen wies Zypries zurück. Hätte der Bund nicht für einen Kredit gebürgt, wäre "ein geordneter Verkauf der Vermögenswerte" nicht möglich gewesen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-94382/zyprries-gegen-einmischung-der-politik-bei-air-berlin-verkauf.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619